

Sammelrez: Medienwandel in Ostdeutschland

Haller, Michael; Mücke, Lutz (Hrsg.): *Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR*. Köln: Herbert von Halem Verlag 2010. ISBN: 978-3-86962-034-3; 263 S.

Machill, Marcel; Beiler, Markus; Gerstner, Johannes R. (Hrsg.): *Medienfreiheit nach der Wende. Entwicklung von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz - UVK 2010. ISBN: 978-3-86764-267-5; 429 S., 10 SW-Abb.

Rezensiert von: Thomas Ahbe, Leipzig

In den Titeln beider Aufsatzsammlungen findet sich der Begriff „Freiheit“. Das ruft zwangsläufig Assoziationen zu „Unfreiheit“, „Diktatur“ oder „Zensur“ hervor und lässt Jubiläumsschriften erwarten, die dem narrativen Muster „aus dem Dunkel zum Licht“ folgen. Stattdessen findet der Leser die detaillierte und problematisierende Analyse einer Situation vor, welche für Journalistikwissenschaftler bestenfalls Anlass für „kritisches Feiern“ (Machill u.a., S. 10) ist. Beide Bände unterscheiden sich strukturell. Der von Marcel Machill, Markus Beiler und Johannes R. Gerstner herausgegebene Sammelband handelt das Themenfeld streng systematisch ab. In den Kapiteln „20 Jahre freie Medien in Ostdeutschland“, „Medienrecht und Medienaufsicht“, „Entwicklung der Presselandschaft“, „Entwicklung der Rundfunklandschaft“, „Filmwirtschaft“, „Digitalisierung“ und schließlich „Journalisten, Ausbildung und Medienkompetenz“ gliedern sich 13 Aufsätze, welche insgesamt 34 Absolventinnen und Absolventen des Lehrstuhls für Journalistik II der Universität Leipzig im Rahmen eines anderthalb Jahre dauernden Forschungsprojekts verfasst haben. Mehr erfährt man über den Nachwuchs leider nicht, ein Autorenverzeichnis fehlt.

Der Entstehungszusammenhang des Bandes von Michael Haller und Lutz Mücke liegt in der Aufbruchzeit der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, als die Journalistikwissenschaftler der Universität Leipzig mehrmals

versuchten, den Umbruch der ostdeutschen Medienlandschaft durch eine Art „Begleitforschung“ zu untersuchen. Damals jedoch waren der Rollenwandel ostdeutscher Journalisten und das Überstülpen altbundesdeutscher Strukturen auf die zu beforschenden Akteure ganz offenkundig noch ‚zu heiß‘. Heute, mit über fünfzehnjährigem Abstand, ist das anders, weswegen zwölf Leipziger Journalistik-Absolventinnen und -Absolventen ihre damaligen Themen in nun kollegialer Zusammenarbeit mit den Herausgebern weiterentwickelten und als Bausteine für eine beeindruckende Analyse zum Wandel der ostdeutschen Presselandschaft präsentieren.

Die beiden instruktiven Einleitungen und die insgesamt 26 Beiträge beider Bücher lassen sich zu vier Komplexen zusammenfassen: Erstens geht es um die Struktur der ostdeutschen Medienlandschaft, zweitens um die Journalisten als zentrale Akteure, drittens um das Bild der neuen Bundesländer in den westdeutschen Leitmedien und schließlich wird danach gefragt, wie sich die spezifischen Erfahrungen und Prägungen der Ostdeutschen in „ihren“ regionalen Tageszeitungen spiegeln.

„Unterhalb der nach wie vor gültigen Erkenntnis, dass zwanzig Jahre Medienfreiheit ein Wert an sich sind“ (Machill u.a., S.10) schreibt man der neuen ostdeutschen Medienlandschaft bleibende Geburtsfehler zu. Massive Personalimporte aus dem Westen und die Überanpassung der Strukturen und Wertvorstellung hätten verhindert, dass nach der friedlichen Revolution der Ostdeutschen eine innovative und die ostdeutschen Besonderheiten berücksichtigende Medienlandschaft entstehen konnte. Bei der Gründung des „Mitteldeutschen Rundfunks“ (MDR) beispielsweise stammten der Intendant und sieben der acht Gründungsdirektoren aus dem Westen – sechs von ihnen waren Mitglieder oder Sympathisanten der Regierungspartei CDU. In positiverem Licht erscheint dagegen die Integration von „Radio DDR-II“ und „Stimme der DDR“ zu „Deutschlandradio Kultur“ („DS Kultur“), das, wie Julia Reinard und Johannes Schiller schreiben, seit dem 1. Juni 1990 wenigstens für ein paar Jahre eine „Brücke in die Deutsche Einheit“ hätte bauen können – während die Abwick-

lung des „Deutschen Fernsehfunks“ (DFV) oder die von Massenprotesten und Hungerstreiks begleitete Abschaltung des anlässlich des „Deutschlandtreffens der Jugend“ 1964 gegründeten Jugendsenders „DT64“ die Identität der Ostdeutschen angegriffen und ihre Integration in das vereinigte Deutschland erschwert habe. 1994 ging „DS Kultur“ mit dem Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) und dem „Deutschlandfunk“ in der Körperschaft von „Deutschland Radio“ auf. Dessen Manko sei wiederum, so Inga Hoff, Anne Holzschuh, Victoria Lewandowski und Teresa Peters, neben der mangelnden Staatsferne auch die ungenügende Empfangbarkeit der doch eigentlich für ganz Deutschland konzipierten Programme gewesen. Zum Sendestart 1994 seien gerade einmal ein Viertel der Bundesbürger erreicht worden.

Die ostdeutsche Medienlandschaft war aber nicht nur Kopie des Westens, sondern bot auch Innovationen. So setzte 1998 Brandenburg als erstes Bundesland ein Informationsfreiheitsgesetz in Kraft. Dieses Gesetz ermöglicht Bürgern wie Journalisten den Zugang zu allen in der öffentlichen Verwaltung existierenden Informationen und dient damit der demokratischen Meinungs- und Willensbildung. Schlechter hingegen stünde es noch um die gesetzlichen Regelungen zur „Inneren Pressefreiheit“, welche das Verhältnis zwischen Verlegern und Redaktionen betreffen und die Unabhängigkeit letzterer sichern sollen. Vorreiter war auch hier Brandenburg. Als 1992/1993 – diese Jahresangaben erfährt man im Buch leider nicht – im Brandenburger Landtag verhandelt wurde, ob dieses Grundprinzip im Landespressegesetz verankert werden solle, hätten laut Heike Trautloff und Melanie Brähler die Verleger mit Klagen und Standortwechsel gedroht. Als Kompromiss sei ein Gesetz verabschiedet worden, dem zwar der „innovative Kern“ fehle, wie Machill, Beiler und Gerstner kommentieren, das aber letztlich sichere, „dass kein Redakteur gezwungen sein darf, gegen seine eigene Meinung zu publizieren. Brandenburg hat somit als einziges Land den Gesinnungsschutz rechtlich zumindest in Ansätzen normiert und ihm eine besondere Bedeutung verliehen.“ (Machill u.a., S. 15)

Ihre besondere Relevanz erhalten die Re-

gelungen zur „Inneren Pressefreiheit“, weil der ostdeutsche Medienmarkt – anders als der westdeutsche – von einem Medien-Oligopol weniger Großverleger dominiert wird. Im Privat-Radio-Bereich sind das – außer im Land Berlin – die Holtzbrinck-, RTL- und Springer-Gruppe und im Printbereich die Westverlage Springer, WAZ-Mediengruppe, die Verlagsgruppe Süddeutscher Verlag, DuMont Schauberg und die Verlagsgruppe Stuttgarter Zeitung. Hauptverantwortliche für die aktuelle Konstellation seien die Treuhandanstalt und die deutsche Politik, die den investitionsbereiten europäischen Verlagshäusern bei der Privatisierung der einstigen DDR-Presse keine Chance gelassen hätten. Die systematische und wissenschaftliche Rekonstruktion der rasanten Privatisierung von ehemaligen SED-Bezirkszeitungen sei jedoch dadurch erschwert, „dass laut Auskunft des Bundesarchivs die entsprechenden Treuhand-Akten mit einem Sperrvermerk versehen sind“ (Machill u.a., S. 23). Die Privatisierungsergebnisse hingegen liegen klar vor Augen: Die Medienkonzerne können hocheffizient, wirtschaftlich gesichert und mit großer Meinungsmacht agieren. Die Meinungsvielfalt allerdings bleibt in Ostdeutschland auf der Strecke. Bis August 1992 hätte sich die Zahl der nach der Wende auf dem ostdeutschen Markt neu erschienenen Lokalausgaben bereits auf 33 halbiert. Geblieben sind die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, die alle – mit Ausnahme des „Nordkurier“ und der „Märkischen Oderzeitung“ – westdeutschen Großverlagen gehörten. Letztere sind neue Meinungsmonopolisten geworden, die im Osten die Diskurse bestimmen. Inzwischen, so stellen Robert Büssow, Constanze Kretzschmar, Stephan Lohse und Maïke Neupert fest, sind 71 Prozent aller ostdeutschen Kreise so genannte „Einzeitungskreise“, also Kreise, in denen der Leserschaft kein anderes Regionalblatt als Alternative bleibt. Seit 1995 habe es auf dem lokalen und überregionalen Pressemarkt keine Neuzugänge mehr gegeben. Diese Konstellation, so resümieren Machill, Beiler und Gerstner, lässt auch keinen Platz für eine Zeitung, die Gesamtdeutschland aus „ostdeutscher Perspektive“ beschreibt.

Der zweite Themenkomplex widmet sich den ostdeutschen Journalistinnen und Jour-

nalisten. Verschiedene Beiträge schildern die Situation Ende 1992: Von den in Ostdeutschland tätigen Journalisten hätten noch 61 Prozent Berufserfahrungen im DDR-Journalismus gehabt, 18 Prozent seien aus den Altländern gekommen und 21 Prozent Berufseinsteiger gewesen. Zu Beginn der 1990er-Jahre gab es große Zweifel an der fachlichen und persönlichen Eignung der ostdeutschen Journalisten. In beiden Bänden werden verschiedene, bis zur Mitte der 1990er-Jahre erhobene, repräsentative quantitative Studien referiert. Sie lassen zwar Unterschiede zwischen westdeutsch und ostdeutsch sozialisierten und professionalisierten Journalisten erkennen, deuten diese jedoch nicht als grundsätzlich und dauerhaft. Die nächste größere Repräsentativstudie im Jahre 2005 unterschied schon nicht mehr zwischen ost- und westdeutschen Journalisten. Diese Lücke füllen die Untersuchungen von Frauke Adesiyen (sie befragte 13 Journalistinnen und Journalisten, die einst in SED-Bezirkszeitungen tätig waren und heute zum Lokalressortleiter aufgestiegen sind) sowie die von Anne-Kathrin Jeschke, Jana Rehse und Juliane Richter (sie untersuchten eine repräsentative Stichprobe von 73 Journalistinnen und Journalisten aller Mediensparten). Adesiyen stellt unter anderem den Rollenwandel anhand von zwei Grafiken anschaulich dar. Die erste zeigt die – freilich retrospektive und über den Weg der Selbstauskunft rekonstruierte – Berufsauffassung der DDR-Journalisten, die zweite das heutige Rollenverständnis der gegenwärtigen Lokalchefs. Jeschke, Rehse und Richter rekonstruieren die zeitgenössischen Arbeitsbedingungen und -motivationen ostdeutscher Journalisten, ihr Rollenverständnis und was sie heutzutage als Grenzen der Medienfreiheit ansehen. Es zeigt sich, dass die Eigendynamik von Konzentrations- und Rationalisierungsprozessen zu „neuen Grenzen der Medienfreiheit“ führen und latent die „Selbstzensur“ der Journalisten bzw. die Ersetzung der Qualitätsarbeit durch „Aldi-Journalismus“ befördern kann (Machill u.a., S. 391). Machill, Beiler und Gerstner resümieren in diesem Zusammenhang: „Die meisten befragten ostdeutschen Journalisten warnen vor neuen Gefahren für die noch junge Medienfreiheit durch *Einflussnahmen und -versuche seitens*

der Wirtschaft und Politik.“ (ebd., S. 39)

Die Konstruktion der Ostdeutschen in den überregionalen Leitmedien des Westens bildet den dritten Themenkomplex der beiden Sammelbände. Gerit Schulze unterzieht sämtliche Beiträge, die der „Spiegel“ von Ende 1990 bis Ende 1999 über Mecklenburg-Vorpommern publizierte – es sind 366 – einer Inhaltsanalyse und systematisiert dabei, welche Handlungsträger, Synonyme, Klischees und Zitate in der Darstellung dieses Bundeslandes und seiner Bevölkerung auftauchten. Drei der „Spiegel“-Geschichten wurden von Schulze auch nachrecherchiert. Es zeigt sich dabei, dass relevante Fakten weggelassen oder unzutreffende Aussagen als Tatsachen hingestellt worden sind, dass also „die Autorinnen und Autoren zum Teil grobe Verletzungen der journalistischen Sorgfaltspflicht in Kauf nehmen, um dem Produkt eine gewisse, bereits a priori intendierte Richtung zu verpassen.“ Schulze skandalisiert das aber nicht. Er meint, dass man die – im Rahmen der Rezension nicht im Einzelnen darstellbaren – Verfälschungen nicht „überbewerten“ solle. „Medienrealität sei nun einmal kein simples Abbild der Realität.“ Als journalistische Norm möchte er vielmehr „weitgehende Plausibilität“ sowie „logische und empirische Angemessenheit der Darstellung“ verstehen (Haller / Mücke, S. 189). Besonders gewinnbringend wäre es aus Sicht des Rezensenten gewesen, diese Studie durch eine parallele Analyse der „Spiegel“-Berichterstattung über ein anderes kleines Bundesland im Westen zu ergänzen, um so ein möglicherweise besonderes Bias bei der Ost-Berichterstattung erkennbar zu machen.

Claudia Lasslop zeigt anhand der zwischen November 2006 und 2007 erscheinenden Ausgaben des „Spiegel“ und der „Zeit“, wie die Ostdeutschen und die neuen Bundesländer dargestellt wurden. Ihr Fazit: „Die Art der Thematisierung ostdeutscher Vorgänge birgt die Gefahr der Verfestigung einer klischeeprägenden Sicht aus westdeutscher Perspektive. In Hinblick auf die mediale Integration sollte eine Teilung in Ost und West von den Medien aufgegeben werden. [...] Ost-West-Gegenüberstellungen, die den Osten implizit an der westdeutschen Normalität messen und dessen Situation als unzureichend bewerten,

zudem mit negativ konnotierten Überschriften überkommene Klischees bedienen, tragen zu einer weiterhin anhaltenden Separierung bei.“ (Haller / Mükke, S. 206) Explizite Rückbezüge auf die DDR und die Umbruchsjahre würden sich in einem Drittel der über 600 untersuchten Texte – und das öfter in der „Zeit“ als im „Spiegel“ – finden. „Hier stellt sich die Frage“ – so die Autorin – „ob diese schematisch abgehandelte DDR-Referenz das gegenwärtige Ostdeutschland einfach nur auf seine Vergangenheit festlegt und eine genaue Recherche der Gegenwart ersetzt. Durch den Rückbezug auf DDR und Wende wird zudem die Möglichkeit ähnlicher Situationen in Westdeutschland ausgeschlossen. Gerade in Bezug auf aktuelle wirtschaftliche Problemsituationen ergibt sich das Trugbild einer ostdeutschen Selbstverschuldung.“ (Haller / Mükke, S. 202)

Der Aufsatz von Ulli Schönbach nimmt schließlich eine originelle Perspektive ein, indem er danach fragt, inwieweit die durch die empirische Forschung rekonstruierten Werte, Erfahrungen, Sinnvorstellungen der ostdeutschen Bevölkerung von ‚ihren‘ Zeitungen wiedergespiegelt worden sind. Mit der „Lausitzer Rundschau“, der „Leipziger Volkszeitung“, der „Mitteldeutschen Zeitung“ und der „Thüringer Allgemeinen“ wählte er vier ostdeutsche Tageszeitungen mit unterschiedlichen Eigentümern, landespolitischen Hintergründen und differierenden Wirtschaftssituationen in den Verbreitungsgebieten für eine repräsentative Stichprobe aus. 900 Leitartikel und prominent platzierte Kommentare aus den Jahren 1990 bis 2000 unterzog er einer Inhaltsanalyse. Es zeige sich, dass die Zeitungen nicht die kritisch-egalitäre Orientierung der Ostbevölkerung reflektieren, sondern eher eine „legitimistisch-affirmative“ Grundhaltung aufweisen, welche deutliche soziale Differenzierungen als Ausdruck individuell differierenden Leistungsvermögens rechtfertige sowie große Einkommensunterschiede als wichtiges Agens für wirtschaftliche Entwicklung darstelle. Schönbachs Fazit lautet: „Die hohe Sensibilität für Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, an erster Stelle die Frage der Arbeitslosigkeit, weitet sich nicht zu einer generellen Kritik der marktorientierten Wirtschaftsordnung aus.“ (Hal-

ler / Mükke, S. 49, S. 53) In einer weiteren Inhaltsanalyse geht es um das Thema „ostdeutsche Identität“. Basis sind hier 75 Texte, die anlässlich der Jubiläen des Mauerfalls und des Tages der Deutschen Einheit erschienen sind. Schönbachs Ergebnis ist, dass Westdeutsche und Ostdeutsche als gleich dargestellt würden und sich zudem keine „Hinweise auf besondere Fähigkeiten der Ostdeutschen finden“. Dass die Ostdeutschen der Art der Demokratieausübung in der Bundesrepublik kritischer gegenüberstehen als die Westdeutschen, würde zwar gespiegelt, jedoch immer distanziert; die Kommentatoren schließen sich dieser Sichtweise nicht an. Und schließlich: „Keiner der untersuchten Kommentare nimmt in positiver Weise auf das Leben in der DDR Bezug. Die Vergangenheit steht durchweg in negativem Kontrast zur Gegenwart.“ Der Autor folgert zusammenfassend: „Auf keinem der untersuchten Felder finden sich daher Argumentationsmuster, die den Ankerpunkten ‚ostdeutscher Identität‘ gleichen.“ (Haller / Mükke, S. 55) Schönbachs Aufsatz ist wichtig, weil er den bekannten Befund, dass die (west-)deutschen überregionalen Medien die Erfahrungen, Bewertungen und Wahrnehmungen der ostdeutschen Bevölkerung nicht widerspiegeln¹, um den Hinweis ergänzt, dass auch die Regionalblätter Ostdeutschlands in dieser Hinsicht offenbar nicht viel anders agieren. Eine detaillierte Bewertung aller Einzelbeiträge würde freilich auch auf Mängel, beispielweise Rezeptionslücken, Schwächen bei der Interpretation der Vorarbeiten und eigener Befunde oder bisweilen verworrene Darstellungen von Abläufen verweisen müssen. Der Erkenntnisgewinn beider Bände wird dadurch jedoch kaum beeinträchtigt.

Machill, Beiler und Gerstner eröffnen ihre umfassende Einleitung mit einer anregenden kontrafaktischen Darstellung zur Ent-

¹ Vgl. die Sammelbände von Kersten Sven Roth / Markus Wieners (Hrsg.), *Diskursmauern. Aktuelle Aspekte der sprachlichen Verhältnisse zwischen Ost und West* (Sprache - Politik - Gesellschaft, Bd. 1), Bremen 2008; Thomas Ahbe / Rainer Gries / Wolfgang Schmale (Hrsg.), *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*. Leipzig 2009; vgl. die Rezension von Hans-Jörg Stiehler. In: *H-Soz-u-Kult*, 16.06.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2010-2-204>> (25.05.2011).

wicklung der ostdeutschen Medienlandschaft nach der Wende, und sie beschließen ihren Beitrag, indem sie neue Wege und auch Utopien für die künftige (ost-)deutsche Medienlandschaft skizzieren. Was die Analyse der Realprozesse betrifft, schreiben sie der kommunikationswissenschaftlichen Forschung eine „Beißhemmung“ (Machill u.a., S. 12) zu – ein Befund, der auf die beiden hier besprochenen Bände erfreulicherweise nicht zutrifft.

HistLit 2011-2-193 / Thomas Ahbe über Hal-ler, Michael; Mücke, Lutz (Hrsg.): *Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR*. Köln 2010, in: H-Soz-u-Kult 07.06.2011.
HistLit 2011-2-193 / Thomas Ahbe über Machill, Marcel; Beiler, Markus; Gerstner, Johannes R. (Hrsg.): *Medienfreiheit nach der Wende. Entwicklung von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland*. Konstanz 2010, in: H-Soz-u-Kult 07.06.2011.